

Neugestaltung im Länderbereich

TdL provoziert Abbruch der Verhandlungen!

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat durch ihre dogmatische Haltung in der Arbeitszeit die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des öffentlichen Tarifrechts zum Erliegen gebracht. Nach mehreren Verhandlungsrunden war ein Sachkompromiss in Sicht gerückt. Auch bei schwierigen länderspezifischen Sachfragen hatten die Gewerkschaften Bereitschaft signalisiert, auf Länderbedürfnisse einzugehen. Dass die Verhandlungen trotzdem am frühen Morgen des 25. April 2005 in Berlin ohne Ergebnis abgebrochen werden mussten, liegt in der Verantwortung der TdL.

Richtlinien statt Verhandlungen

Die TdL hat grundsätzlich eingestanden, dass der TVöD auch für den Länderbereich attraktiv ist. Über besonderen Regelungsbedarf der Länder im Wissenschafts- und Lehrerbereich wurde in mehreren Verhandlungsrunden weitgehend Einigkeit erzielt. Der TVöD als Basis eines neugestalteten Tarifrechts auch im Länderbereich war greifbar nah. Der Tarifkompromiss war möglich. Scheinbar jedoch war er nicht gewollt. Die TdL war auf Scheitern programmiert. Ein Tarifkompromiss lag nicht in der Absicht der Länder. Ziel einiger Länder ist vielmehr, die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst zukünftig durch Richtlinien und nicht in Tarifverhandlungen festlegen zu können.

Kein erhöhter Arbeitszeitbedarf

Hintergrund dieser Konfrontationspolitik der TdL ist keineswegs ein spezifischer Arbeitszeitbedarf im Länderbereich. Ein solcher Mehrbedarf konnte von der TdL nicht nachgewiesen werden. Die TdL strebt einen Politikwechsel an. Verordnen statt Verhandeln ist



In langwierigen Gesprächen versuchte Frank Stöhr, Verhandlungsführer der **dbb tarifunion** (rechts), die TdL-Spitze, Ralf Stegner (Finanzminister Schleswig-Holstein), Hartmut Möllring (Finanzminister Niedersachsen), Horst Metz (Finanzminister Sachsen), vom Wert des TVöD im Länderbereich zu überzeugen.

Ziel der Ministerpräsidenten. An diesem Punkt hat die **dbb tarifunion** die Tarifverhandlungen vorerst abgebrochen. Damit haben die öffentlichen Arbeitgeber der Länder vorerst eine große Chance vertan, den Öffentlichen Dienst auch in ihrem Bereich zukunftsfest zu machen. Wenn jetzt bis auf Weiteres für Lehrer, Straßenwärter, die Polizei, in Justiz und im Finanzamt ein neues Tarifrecht fehlt, ist dies allein Schuld der Arbeitgeber.

Arbeitgeber unter Druck setzen

Unabhängig davon, ob und in welcher Weise die Tarifverhandlungen mit den Ländern weitergehen: Es geht dann nicht mehr nur um Arbeitszeit und Kostenneutralität. Es geht ums Ganze. Es geht darum, ob die Beschäftigten in Zukunft ihre Arbeitsbedingungen in tarifautonomen Verhandlungen mitgestalten können, oder ob Arbeitszeit und Entgelt zukünftig in den Staatskanzleien der Ministerpräsidenten per Dekret festgelegt werden. Längere Arbeitszeiten bei weniger Geld wäre die unmittelbare Folge. Hiergegen müssen die Beschäftigten in den Betrieben aber notfalls auch auf der Straße kämpfen. Die **dbb tarifunion** plant kurzfristig entsprechende Aktionen.

Wie hilft mir die dbb tarifunion?

Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach der **dbb tarifunion** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Nur Nähe mit einer persönlich überzeugenden Ansprache jedes Mitgliedes schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft. Die 42 Mitgliedsgewerkschaften der **dbb tarifunion** mit ihren über 360.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach der **dbb tarifunion** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles was im Zusammenhang mit der derzeitigen oder früheren beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **dbb tarifunion**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.tarifunion.dbb.de, durch das Flugblatt **dbb aktuell** oder durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **tarifunion schriften**.

| Bestellungen weiterer Informationen | |
|-------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="text"/> | Beschäftigt als: |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Arbeiter/in |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Angestellte/r |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Beamte/Beamtin |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Rentner/in |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten |
| <input type="text"/> | <input type="checkbox"/> Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <input type="text"/> | Datum/Unterschrift |
| <input type="text"/> | Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gerne die passende Gewerkschaftsadresse: dbb tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 40 81-54 00, Fax (0 30) 40 81-43 99, E-Mail: tarifunion@dbb.de |